

Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Parlamentarische Anträge zum Budget 2010**

Datum: 10. November 2009

Nummer: 2009-255_01-47

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links: - [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
 - [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
 - [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
 - [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Kanton Basel-Landschaft

Regierungsrat

Vorlage an den Landrat

vom 10. November 2009

betreffend parlamentarische Anträge zum Budget 2010

Inhaltsverzeichnis:

1. Einleitende Bemerkungen	1
2. Anträge des Landrats zum Budget 2010	2
3. Anträge des Regierungsrats zum Budget 2010	28
4. Finanzielle Konsequenzen	28

1. Einleitende Bemerkungen

Der Voranschlag 2010 steht unter dem Zeichen der seit dem 4. Quartal 2008 eingetretenen Finanzkrise und der damit einhergehenden wirtschaftlichen Abkühlung. In dieser aussergewöhnlichen und wirtschaftlich schwierigen Situation erfüllt der Voranschlag 2010 sowohl die Anforderungen einer nachhaltigen Finanzpolitik wie auch die Anforderungen der Konjunkturpolitik, wonach der Staat die rezessiven Tendenzen nicht verstärken soll. Die wirtschaftliche Entwicklung führt zu einem Rückgang der Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr von rund 73 Millionen Franken bzw. rund 100 Millionen Franken (unter Berücksichtigung eines durchschnittlichen Steuerertragswachstums).

Der Voranschlag 2010, der im operativen Ergebnis der Erfolgsrechnung einen Aufwandüberschuss von 118.2 Millionen Franken aufweist, entspricht den Bestimmungen zur Defizitbremse. Auf der anderen Seite wurde der Handlungsspielraum für konjunkturstabilisierende Massnahmen im Voranschlag 2010 ausgeschöpft, ohne dass ein eigentliches Massnahmenpaket zur Konjunkturstützung beschlossen worden wäre.

Der Regierungsrat will den zukünftigen Handlungsspielraum nicht durch eine stark ansteigende Verschuldung und einen höheren Zinsendienst einschränken. Steuererhöhungen sollen in konjunkturell schwierigen Zeiten vermieden werden. Ein nachhaltiger Haushaltsausgleich setzt nachhaltige Entlastungsmassnahmen, wie Aufgabenverzicht oder Aufgabenreduktion voraus. Der Regierungsrat hat den Handlungsbedarf erkannt und leitet im Hinblick auf das Budget 2011 und die Finanzplanjahre eine Aufgabenüberprüfung ein.

2. Anträge des Landrats zum Budget 2010

Zusätzlich zu den Anträgen des Landrats sind im Rahmen des Budgets 2010 zwei Anträge der Justiz- und Sicherheitskommission des Landrats (Antrag 2009/255/28) und des Kantonsgerichts (Antrag 2009/255/29) eingegangen. Diese werden analog der Anträge des Landrats behandelt.

Zu den von den Mitgliedern des Landrates eingereichten Anträgen zum Budget 2010 unterbreitet der Regierungsrat folgende Erwägungen und Anträge:

Generelle Anträge 2009/255/01-04, 06-10, 12-19, 32-33, 36, 39, 41, 43-44, und 46 der SVP-Fraktion zur Rückweisung des Budgets 2010

Der Wortlaut des Antrags lautet wie folgt:

Die SVP-Fraktion beantragt die Rückweisung des Budgets 2010 an die Regierung mit dem Auftrag:

- durch ausgabenseitige Einsparungen den budgetierten Aufwandüberschuss von 118.2 Millionen Franken auf höchstens 50 Millionen zu reduzieren,
- dem Landrat mit dem Budget 2010 die Eckwerte und den Terminplan für eine Aufgabenprüfung mit Wirkung für das Budget 2011 und die Finanzplanjahre vorzulegen,
- dem Landrat eine Priorisierung der laufenden und geplanten Investitionsvorhaben vorzulegen.

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Bei der Beurteilung des Voranschlags 2010 ist Augenmass gefordert: Sowohl die wirtschaftliche Situation als auch das Ziel einer nachhaltigen Finanzpolitik müssen im Auge behalten werden. Das Budget 2010 ist zu einem gewissen Teil auch das Ergebnis der schlechten Wirtschaftslage. Konjunkturelle Defizite sollen, vorausgesetzt es ist ausreichend Eigenkapital vorhanden, zugelassen werden. Strukturelle Defizite müssen mittelfristig reduziert werden. Kurzfristig ist ein sehr hoher Anteil der Ausgaben gebunden. Im Rahmen des Budgetprozesses wird der kurzfristige Handlungsspielraum für Entlastungen so weit wie möglich ausgeschöpft, wobei kurzfristig umsetzbare Entlastungen betragsmässig begrenzt sind. Bei der Budgetierung werden jeweils die Erkenntnisse aus dem Rechnungsabschluss und aus dem laufenden Jahr (Erwartungsrechnung) berücksichtigt.

Kurzfristig umzusetzende pauschale Entlastungsvorgaben können in der Regel nur mit linearen Kürzungen umgesetzt werden. Mit linearen Kürzungen werden jedoch diejenigen Organisationseinheiten bestraft, welche eine hohe Budgetdisziplin eingehalten haben. Lineare Kürzungen erschweren zudem die Budgetierung in den Folgejahren, da der Anreiz, Reserven einzubauen verstärkt wird.

Sollte der Rückweisungsantrag keine Mehrheit finden, beantragen wir eventualiter: (die einzelnen Anträge 2009/255/01-04, 06-10, 12-19, 32-33, 36, 39, 41, 43-44, und 46).

Eventualiter

Antrag Nr. 2009/255/01 der SVP-Fraktion betreffend Reduktion der Kontogruppe 303 um 665'605 Fr. (Erhöhung 92%) auf den Stand des Budgets 2009 auf den Betrag von 1'385'292 Fr.

Direktion/Dienststelle: Alle Direktionen

Konto/Kontogruppe: 303 Temporäre Arbeitskräfte

-665'605.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Die Zunahme resultiert praktisch ausschliesslich bei der BKSD. Die Umkontierung im Rahmen des HRM2 führt in der BKSD zu einem (kostenneutralen) Zuwachs von 400'000 Fr. in der Kontogruppe 303. Die effektive Budgeterhöhung von rund 280'000 Fr. resultiert in der BKSD in folgenden Bereichen:

1. Fachstelle Erwachsenenbildung: Ausbau Weiterbildung Quartärer Bereich im Umfang von 200'000 Franken. Bei einer Kürzung müsste auf die Weiterentwicklung der Weiterbildung im Quartären Bereich verzichtet werden.
2. Berufsfachschule Gesundheit: 4 Zusätzliche FAGE-Kurse (mehr Lernende) mit Beschäftigung von Lehrpersonen mit Anstellungsvertrag an der Allgemeinen Gewerbeschule BS im Umfang von rund 80'000 Franken. Es handelt sich um gesetzlich gebundene Ausgaben. Eine Kürzung des Kontos 303 würde zu einer entsprechenden Erhöhung des Kontos 303 Löhne Lehrpersonen führen.

Eine Budgetkürzung in der BKSD im vorgesehenen Umfang würde dazu führen, dass die erforderlichen archäologischen Grabungen nicht realisiert werden können (es gibt kein eigenes Grabungspersonal). Ein Aufschub von Grabungen würde letztlich auch zu Bauverzögerungen führen.

**Antrag Nr. 2009/255/02 der SVP-Fraktion betreffend Reduktion der Kontogruppe 310 um CHF 5,344 Mio. (Erhöhung 5%) auf den Stand des Budgets 2009 auf den Betrag von CHF 106,85 Mio.
Direktion/Dienststelle: Alle Direktionen
Konto/Kontogruppe: 310 Material- und Warenaufwand**

-5'344'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Allein der höhere Bedarf an medizinischem Material und Lebensmitteln in den Spitalbetrieben führt zu Mehrkosten von 6.7 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahresbudget. Der Grund für diese Erhöhung liegt an den zu tiefen Budgetwerten im Vorjahresbudget. Die in den vergangenen Jahren erfolgten Leistungssteigerungen führen zu Mehraufwand, welcher auf der Ertragsseite durch die Taxen wieder kompensiert werden.

In der restlichen Verwaltung resultiert gegenüber dem Vorjahresbudget insgesamt eine Reduktion in den Budgets der Kontogruppe 310, so dass der in den Spitalbetrieben notwendige Mehraufwand teilweise kompensiert werden kann. Da der Mehraufwand im Bereich der Kontogruppe 310 auf die höheren Leistungen im Spitalbereich zurückzuführen ist und mit den Spitaltaxen refinanziert ist, ist auf die Kürzung zu verzichten.

**Antrag Nr. 2009/255/03 der SVP-Fraktion betreffend Reduktion der Kontogruppe 312 um CHF 1,233 Mio. (Erhöhung 6%) auf den Stand des Budgets 2009 auf den Betrag von CHF 21,004 Mio.
Direktion/Dienststelle: Alle Direktionen
Konto/Kontogruppe: 312 Wasser, Energie, Heizmaterial**

-1'233'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Die Kostenart 312 beinhaltet Ver- und Entsorgungskosten wie beispielsweise Heizung, Wasser, Abwasser, Strom, Entsorgung, Umzüge/Transporte etc. Mit der Übernahme der Sekundarschulbauten, welche zu einer Erhöhung des Immobilienportfolios im Umfang von 60% führt, sind zusätzliche Mittel für den betrieblichen Unterhalt notwendig. Ein Zuwachs von rund 1.5% resultiert nicht aufgrund eines höheren Energieverbrauchs, sondern aufgrund von höheren Energiepreisen. Eine Zunahme von 120'000 Fr. ist auf eine Umbuchung im Rahmen des neuen Kontenrahmens zurückzuführen.

Da der Mehraufwand im Bereich der Kostenart 312 grösstenteils exogen verursacht ist und daher nicht beeinflussbar ist, ist auf die Kürzung zu verzichten.

Antrag Nr. 2009/255/04 der SVP-Fraktion betreffend Reduktion der Kontogruppe 313 um CHF 5,924 Mio. (Erhöhung 7%) auf den Stand des Budgets 2009 auf den Betrag von CHF 90,472 Mio. Direktion/Dienststelle: Alle Direktionen Konto/Kontogruppe: 313 Dienstleistungen Dritter, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten

-5'924'000.-

Antrag: Ablehnung

	Rechnung 2008	Budget 2009	Budget 2010	Abw. Absolut	Abw. %
KB	196'534	247'500	376'000	128'500	51.9%
FKD	19'527'019	27'023'000	28'401'250	1'378'250	5.1%
VGD	28'691'170	27'720'198	28'815'406	1'095'208	4.0%
BUD	10'806'825	12'708'183	16'605'244	3'897'061	30.7%
SID	5'756'479	6'874'648	7'331'400	456'752	6.6%
BKSD	5'381'818	6'660'630	5'701'750	-958'880	-14.4%
GER	8'117'408	9'238'200	9'166'200	-72'000	-0.8%
Total	78'477'253	90'472'359	96'397'250	5'924'891	6.5%

FKD: Im IT-Bereich resultieren Erhöhungen aufgrund von zusätzlichen Aufgaben, einer verstärkt notwendigen verwaltungsweiten Koordination und der Weiterentwicklung des ERP-Systems (vgl. Begründungen unter Antrag Nr. 2009/255/08). Kostensteigerungen resultieren auch bei den Versicherungsprämien (Prämienerhöhungen) und Betreibungsgebühren (zentrale Verlustscheinbewirtschaftung). Trotz restriktiven Budgetvorgaben konnten diese Mehraufwendungen nur teilweise durch Entlastungen kompensiert werden.

VGD: Die Budgetsteigerungen resultieren ausschliesslich bei den Spitalbetrieben (Dienstleistung Dritter Medizinal-Bereich und bei den Honoraren privatärztlicher Tätigkeit). Unter Berücksichtigung der Ertragsseite sind diese refinanziert. Eine Reduktion der Globalbudgets der Spitalbetriebe wäre daher nicht sinnvoll. Eine Reduktion der Budgetkredite bei den anderen Organisationseinheiten der VGD würde dazu führen, dass die Arbeiten im Rahmen von laufenden Verpflichtungskrediten (z.B. „Gesundes Körpergewicht“, „Kantonales Tabakprogramm“, „Amtliche Vermessung 93 / 2. Etappe, etc.) verzögert würden.

BUD: Die Erhöhung der Kosten bei den Dienstleistungen Dritter geht zu einem grossen Teil auf die Übernahme der Sekundarschulen zurück (P2314 Hochbauamt). In den Sekundarschulbauten wird der betriebliche Unterhalt (Hauswartung und Reinigung) nicht mit kantonseigenem Personal ausgeführt. Diese Leistungen werden aus Kostengründen extern eingekauft.

Mit dem Budgetkredit im Konto 3132 werden wichtige Planerleistungen für die SIA-Phasen 11-22 (Bestellung: strategische Planung, Vorstudien und Auswahlverfahren) erbracht. Dies erfolgt zu einem Zeitpunkt, indem noch kein Verpflichtungskredit für Planungstätigkeiten vorliegt. Stehen diese Finanzmittel nicht in genügendem Umfang zur Verfügung, können die wichtigen ersten Phasen der Projektentwicklung (bekannterweise werden in genau diesen Phasen der Bestellung die Kosten eines Projektes am stärksten beeinflusst) nur noch reduziert und in ungenügendem Umfang/Tiefe erbracht werden. Es besteht das Risiko von späteren Kostenüberschreitungen.

Im Amt für Raumplanung (P2307) wären bei einer Kürzung folgende Vorhaben gefährdet:

- Teamentwicklung / Coaching der Amtsleitung (gleichbleibender Betrag) CHF 25'000
- Kantonaler Richtplan KRIP CHF 20'000
- Raumbeobachtung (Bauzonenstatistik gemäss Art. 31 RPV): CHF 15'000
- Modellvorhaben BLN (Leistungsvereinbarung mit BAFU mit RR): CHF 60'000
- Lärmmessungen, Baugesuchsbeurteilung (fehlende personelle Ressourcen werden durch externe Mandate kompensiert): CHF 231'000

- Polyfeld Muttenz: Kosten für die weiteren Planungen inklusive Anpassung der kommunalen Nutzungsplanung im Zusammenhang mit dem FHNW Neubau 2015 CHF 300'000

Für die Regionalplanungsstelle Basel ist ein Betrag von CHF 240'000 (RPS, 50% Rückerstattung durch Kanton BS) vorgesehen. Das Budget wurde so mit dem Kanton BS vereinbart und durch die zuständigen Regierungsrätliche Delegation beider Basel am 10. August 2009 verabschiedet:

- | | | |
|--|-----|--------|
| • Aggloprogramm Basel (ohne Aggloprogramm, keine Bundesbeiträge) | CHF | 60'000 |
| • GISOR (bestehender Vertrag von 2008) (Geograf. Informationssystem am Oberrhein) | CHF | 50'000 |
| • Dreispitz (grenzüberschreitende Agglomerationsprojekte, laufende Arbeiten innerhalb der Entwicklungsplanung Dreispitz gemäss Vereinbarung) | CHF | 42'500 |
| • Allschwil-Hegenheim (Teilmodul von Interreg IV-Projekt Mobilität) | CHF | 20'000 |
| • Grenzüberschreitende Projekte | CHF | 67'500 |

Die einzelnen Budgetposten beziehen sich direkt auf die im Jahresprogramm ausgewiesenen Vorhaben und Projekte. Die Streichung einzelner Budgetposten zieht die Streichung der entsprechenden Projekte nach sich. Im Bereich des Lärmschutzes z.B. entstehen die hohen Kosten für externe Beratung durch den grossen Arbeitsanfall im Bereich der Baugesuchsprüfung, der durch die knapp dotierte Fachstelle auf andere Weise nicht bewältigt werden kann. Einsparungen hier würden eine deutliche Qualitätseinbusse in der Dienstleistung der Fachstelle ergeben. Abklärungen, ob Aufträge an Dritte oder Aufstockung des Personals wirtschaftlicher sind, sind im Gang.

SID: Die Sicherheitsdirektion weist im Budget 2010 gegenüber dem Vorjahresbudget in den Konti 3130 (Dienstleistungen Dritter) eine Abnahme um - 64'848 Franken (-1%) aus. In den Konti 3132 (Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten) eine Zunahme um + 327'700 Franken (+31%) aus.

Eine Reduktion der Kontogruppe 3132 (Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten) hätte zur Folge, dass zum Teil bereits begonnene Projekte abgebrochen, verschoben oder neue Projekte, welche budgetiert wurden, nicht begonnen werden könnten. Dies insbesondere in den Bereichen der Integration, der Umsetzung der revidierten Strafprozessordnung (neues Staatsanwaltschaftsmodell), des Familienberichts an den Bund, der häuslichen Gewalt, der Prävention bei gefährlicher Kundenschaft gegenüber dem Parlament, der Regierung und der öffentlichen Verwaltung (psychologische Dienstleistungen). (Vgl. auch die Begründungen zum Antrag Nr. 2009-255/36).

BKSD: Der in der Kontengruppe 313 ausgewiesene Aufwand ist im Budget 2010 um rund 950'000 Franken tiefer als 2009. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Bespielung des Römischen Theaters Augusta Raurica im Budget 2010 von der Kontengruppe 313 in den Transferbereich (Kontengruppe 363) umgruppiert worden ist. Per Saldo resultiert aufgrund der restriktiven Budgetierung für 2010 - insbesondere auch im Bereich des Sachaufwandes - eine Reduktion in der Grössenordnung von 300'000 Franken gegenüber dem Budget 2009. Eine weitere Kürzung könnte nur durch einen Verzicht resp. Stopp wichtiger Vorhaben realisiert werden. Davon wären folgenden Vorhaben betroffen (Aufzählung nicht abschliessend):

Generalsekretariat

- Erarbeitung IT-Strategie Schulen (Gemäss Auftrag Regierungsrat gestützt auf den Bericht PUK Informatik)

Kultur:

- Ausstellungen Museum.bl
- Römerfest (obwohl dieses auch Einnahmen generiert)
- Museum Augst: Sicherheit und Bewachung

Fachstelle Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe

- Externe Evaluation (Einsatz von externen Fachpersonen) gehören zu den Instrumenten des Leistungscontrollings gegenüber den von uns beauftragten Institutionen (siehe auch Bericht der Finanzkontrolle an die GPK zu diesem Thema). Eine Budgetkürzung führt entweder zum Wegfall dieses Instrumentes oder zu einer Verlängerung der Evaluationsintervalle.
- In der Budgetposition 130 sind immer noch Folgearbeiten NFA eingesetzt, insbesondere die Umsetzungsvorbereitung in der Behindertenhilfe und ein Projekt im Bereich der Schulwegbewältigung. Zur Weiterführung des Auftrages für die Arbeit am Konzept Jugendhilfe ist Fachunterstützung von Aussen unerlässlich.
- Ausserdem ist eine Position von 60'000 Franken für FEB-Vorbereitung und -umsetzung eingesetzt. Dieser Betrag wird nur gebraucht, wenn der Landrat die Gesetzgebung 2010 beschliesst.
- Die Drittaufträge erlauben es, mit einem verhältnismässig kleinen eigenen Personalbestand grosse Projekte wie NFA überhaupt bewältigen zu können. Die Alternative ist eine Stellenaufstockung.

Berufsfachschulen:

- Finanzierung der Schulsozialdienste läuft über Leistungsvereinbarung mit Dritten; Konsequenz: Kündigung der Vereinbarungen und Abbau der Leistung

Antrag Nr. 2009/255/05 von Marianne Hollinger, FDP betreffend Reduktion der Kontogruppe 313 Dienstleistungen Dritter um Fr. 3 Mio.

Direktion/Dienststelle: Alle Direktionen

Konto/Kontogruppe: 313 Dienstleistungen und Honorare

-3'000'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung: Vgl. die Ausführungen zum Budgetantrag Nr. 2009/255/04.

Antrag Nr. 2009/255/06 der SVP-Fraktion betreffend Überprüfung des Saldos der Kontogruppe 317 auf Richtigkeit und Mitteilung an die Finanzkommission des Landrates

Direktion/Dienststelle: Alle Direktionen

Konto/Kontogruppe: 317 Reisekosten & Spesen

Antrag: Annahme, Überprüfung ist erfolgt.

Mit Schreiben vom 23. Oktober 2009 an die Mitglieder der Finanzkommission wurde dargelegt, dass in 19 Fällen das Konto 3170 "Reisekosten & Spesen" fälschlicherweise mit "Übrige Mieten und Benützerkosten" bezeichnet ist. Es handelt sich dabei lediglich um eine falsche Bezeichnung. Sowohl Kontonummer wie auch die entsprechenden Zahlenwerte sind korrekt.

In der Kontogruppe 317 resultiert gegenüber dem Vorjahresbudget eine Abnahme von 0.5 Mio. Franken bzw. 4.4%. Die Spesen bei Betriebsanlässen, welche gemäss RRB Nr. 1528 vom 4.11.2008 von Franken 50 auf 100 pro Mitarbeitenden für die Finanzierung von Betriebsanlässen erhöht wurden, nehmen um 0.5 Mio. Franken zu (siehe dazu Konto 31700010 in der folgenden Übersicht).

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2008	Budget 2009	Budget 2010	Abw. Absolut	Abw. %
31700000	Reisekosten und Spesen	3'929'461	4'235'150	4'315'789	80'639	1.9
31700010	Spesen Betriebsanlässe	429'397	341'500	855'200	513'700	150.4
31700020	Anlässe/Veranstaltungen	1'936'738	1'953'100	1'676'205	-276'895	-14.2
31710000	Exkursionen, Schulreisen und Lager	1'786'213	5'002'550	4'183'300	-819'250	-16.4
317	Spesenentschädigungen	8'081'808	11'532'300	11'030'494	-501'806	-4.4

Die Abnahme im Bereich "Exkursionen, Schulreisen und Lager" ist auf einen Minderbedarf bei den Exkursionen, Schulreisen und Lager im Umfang von 0.8 Mio. Franken zurück zu führen. Bei den Anlässen und Veranstaltungen wurden im Budget 2010 gegenüber dem Vorjahr Entlastungen umgesetzt.

Antrag Nr. 2009/255/07 der SVP-Fraktion betreffend Stellenausbau bei den ZID; Reduktion des Budgets um mindestens CHF 700'000

Direktion/Dienststelle: FKD, P2100 Generalsekretariat

Konto/Kontogruppe: 3010 Löhne des Verwaltungspersonals

-700'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Der Stellenausbau ist zur Bewältigung von neuen Aufgaben unabdingbar. Stellenerhöhungen im Umfang von 0.5 Stellen sind im Rahmen der [LRV 2007/003](#) zur Telefonie vom [22. März 2007](#) und im Umfang von 0.8 Stellen in der [LRV 2007/302](#) zum ERP-Projekt vom 11. Dezember 2007 vom Landrat zur Kenntnis genommen worden und mit dem entsprechenden [Beschluss gutgeheissen](#) worden.

Bei der aktuellen Einführung des ERP-Systems sind zudem grosse Verbesserungspotenziale erkannt worden; mit deren Realisierung fallen aber auch Mehraufwände (z. B. drei zusätzliche Systeme für WebShop, Schulungssysteme, Solutionmanager, drei eigene Systeme für Business Warehouse) an, welche für einen (zuverlässigen) Betrieb mit zusätzlichen Personalressourcen abgefangen werden müssen. Gemäss der externen Beratung ist eine zusätzliche Stelle für den Betrieb der erweiterten SAP Infrastruktur unbedingt nötig.

Im Bereich Virtualisierung haben die ZID in den letzten zwei Jahren starke Kompetenzen aufgebaut. Verschiedenste interne und externe Kunden nutzen dieses Angebot, statt diese Dienstleistung je einzeln dezentral selber zu erbringen. Zurzeit werden ca. 75 Server der ZID und 75 Server von weiteren Kunden virtuell betrieben. Die Virtualisierung bringt massive Kostenersparnisse mit sich, vor allem auch im Energiebereich.

Grosse Projekte wie SharePoint und ProcessPoint werden durch die ZID betreut, wofür die nötigen Ressourcen benötigt werden. Insbesondere bei SharePoint können diese Dienstleistung weitgehend zentral und koordiniert angeboten werden. Kunden sind zurzeit beispielsweise die grossen Projekte der FKD sowie die BUD und Gemeinden; ein Ausbau für den Zugang der Mitglieder des Landrats wird derzeit realisiert.

Die Informatiksicherheit stellt hohe Anforderungen an eine Informatikorganisation, insbesondere an einen zentralen Dienstleister wie die ZID. Für die Sicherstellung der Sicherheitsaspekte der ZID sowie der FKD wird eine zusätzliche Stelle als Direktions-Sicherheits-Beauftragter benötigt. Die Sicherheit im Informatik- und anderen Bereichen lässt sich nicht monetär darstellen, mögliche Sicherheitsvorfälle können jedoch hohe Sach- und Imageschäden nach sich ziehen.

Ein Verzicht auf den Stellenausbau würde dazu führen, dass die ZID die von den Direktionen und Fachabteilungen erwarteten Dienstleistungen nicht in der notwendigen Qualität erbracht werden könnten, dass der Einsatz von neuen EDV-Tools (z. Bsp. bei der Einführung des IKS) unkoordiniert erfolgen würde und die Informatiksicherheit auf das erforderliche Niveau verbessert werden kann. Zur Erbringung von zufriedenstellenden Dienstleistungen und zur Stärkung der verwaltungsweiten Klammerfunktion der Informatik ist ein Stellenausbau unabdingbar.

Antrag Nr. 2009/255/08 der SVP-Fraktion betreffend Reduktion des Aufwandes um CHF 4'500'000

Direktion/Dienststelle: FKD, P2100 Generalsekretariat

Konto/Kontogruppe: 3118 Immaterielle Anlagen, 3130 Dienstleistungen Dritter, 3132 Honorare für ext. Berater, Gutachter und Fachexperten

-4'500'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Mit der Einführung des neuen ERP-Systems werden das Personalwesen und das Finanzwesen (inkl. Materialwirtschaft und Anlagebuchhaltung) auf ein einheitliches und integriertes EDV-System überführt. Die Einführung des ERP-Systems wird sowohl kostenmässig als auch qualitäts- und zeitmässig wie geplant eingeführt werden können. Mit dem neuen ERP-System wird ein wichtiger Grundstein

gelegt für die verstärkte Harmonisierung und Standardisierung der Prozesse und Abläufe. Es handelt sich dabei aber nur um einen ersten Schritt. Im Rahmen der Einführung des ERP-Systems wurden grosse Verbesserungspotenziale erkannt, welche beispielsweise mit weitergehenden organisatorischen Anpassungen und der Integration von Umsystemen nutzbar gemacht werden könnten. Die in den 90er Jahren vorgenommene Dezentralisierung hat beispielsweise dazu geführt, dass zahlreiche Umsysteme geschaffen worden waren. Die Anzahl der Umsysteme wurde bei der Ausschreibung auf rund 50 geschätzt, bei der Einführung des Projekts zeigte sich, dass es mehr als 90 Umsysteme gibt.

In der Finanzkommission wurde die Notwendigkeit für weitere Anpassungen am ERP-System zur Ausnutzung von zusätzlichem Effizienzpotential erkannt. Sie hat denn auch die FKD beauftragt, die Folgephasen unverzüglich anzugehen, damit der Schwung im Projekt genutzt werden kann. Dieses Vorgehen setzt voraus, dass die eingestellten Budgetmittel zur Verfügung stehen. Es ist absehbar, dass sich der Finanzbedarf in den Folgejahren auf der Höhe des üblichen Unterhalts bewegen wird. Die Umsetzung der Prozessoptimierungen zu einem späteren Zeitpunkt wäre mit Zusatzkosten verbunden, da vom Schwung des bestehenden Projekts nicht profitiert werden könnte.

Von einem Entzug der Kontrolle des Landrats kann keine Rede sein: Das ERP-Projekt, wie es vom Landrat beschlossen worden ist, wird per Ende März 2010 termingerecht abgeschlossen werden. Es ist absehbar, dass die Kostenvorgaben peinlich genau eingehalten sein werden und darüber hinaus eine Vielzahl von im Projektauftrag und der LRV noch nicht enthaltenen, wertvollen Funktionen zur Verfügung stehen werden. Ein ERP-System wird aber nicht einmal eingeführt und bleibt danach während vieler Jahre statisch gleich. Im Rahmen des Betriebs wird Änderungspotenzial sichtbar, welches Verbesserungen für die Kernprozesse zur Folge hat, welche durch das System ermöglicht bzw. unterstützt werden. Während der Einführung des Systems und zu Beginn des normalen Betriebs erfolgt das Erkennen dieses Potenzials zwangsläufig häufiger als zu einem späteren Zeitpunkt. Diese übliche Weiterentwicklung ist Aufgabe der Exekutive.

Die eingestellten Budgetkredite sind aber auch notwendig, um die strategische Ausrichtung der IT, d.h. die verwaltungsweit koordinierte Weiterentwicklung der IT, zu stärken. Die strategischen IT-Projekte haben zum Ziel, einen verwaltungsweit koordinierten und damit effektiven und effizienten Einsatz der IT-Mittel sicherzustellen.

Dazu gehören insbesondere folgende Bereiche:

- Verstärkte IT-Sicherheit,
- weitergehende Zentralisierung des Betriebs der Server und Zusammenführung in wenigen zentral betriebenen Geräten,
- Optimierung der Zusammenarbeit der Service Desks mit einer gemeinsamen Informatik-Applikation zur Stärkung des Wissenstransfers.

Eine Streichung der Mittel würde dazu führen, dass die noch grossen bestehenden Effizienzpotentiale sowohl beim ERP-System wie auch bei einer verstärkten verwaltungsweiten Koordination nicht ausgenützt werden könnten.

Antrag Nr. 2009/255/09 der SVP-Fraktion betreffend Reduktion des Aufwandes um mindestens CHF 4.5 Millionen (Prämienverbilligung)

Direktion/Dienststelle: FKD, P2100 Generalsekretariat

Konto/Kontogruppe: 3637 Beiträge an private Haushalte

-4'500'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Im Kanton Basel-Landschaft steigen die kantonalen Durchschnittsprämien in der obligatorischen Grundversicherung mit Unfalldeckung und einer Franchise von 300 Franken im kommenden Jahr überproportional an. Für Erwachsene beträgt der Prämienanstieg 11.1% (gesamtschweizerisch 8.7%), für junge Erwachsene 15.8% (CH: 13.7%) und für Kinder 12.3% (CH: 10%). Alle Versicherten

bezahlen unabhängig von ihrer Einkommenssituation die gleiche Prämie für die obligatorische Grundversicherung. Die Prämien erhöhungen wirken sich aber unterschiedlich auf die individuellen Haushaltsbudgets aus. Das Budget einer vierköpfigen Familie mit einem kleinen Einkommen wird durch die durchschnittlich um 1'120 Franken steigende Prämie stärker belastet als das einer solchen Familie mit höherem Einkommen.

Unter Berücksichtigung der ungünstigen Wirtschaftsentwicklung hat der Regierungsrat deshalb die Richtprämien für Erwachsene und junge Erwachsene pro Monat um 35 Franken angehoben. Pro Kind werden monatlich 10 Franken mehr bezahlt als im laufenden Jahr. Damit wird der Prämienanstieg für beitragsberechtigte Familien praktisch ausgeglichen, und die Kaufkraft der Versicherten mit unteren und mittleren Einkommen erhalten. Die überdurchschnittliche Erhöhung der Richtprämien stützt den Konsum und hat daher konjunkturstabilisierende Wirkung, welche insbesondere mit Blick auf die erwartete steigende Arbeitslosigkeit erwünscht ist. Der finanzielle Ausgleich des Prämienanstiegs durch die Prämienverbilligung belastet den Staatshaushalt im nächsten Jahr mit zusätzlichen CHF 14.5 Millionen. Von diesen Mehrkosten finanziert der Bund CHF 5.6 Millionen, und der Kanton steuert CHF 8.9 Millionen bei.

Auf die Kürzung der Budgeterhöhung sollte aus sozial- und konjunkturpolitischen Gründen verzichtet werden.

Antrag Nr. 2009/255/10 der SVP-Fraktion betreffend Ablehnung des Stellenausbaus; Reduktion des Personalaufwandes um mindestens 0.25 Sollstellen
Direktion/Dienststelle: FKD, P2101 Fachstelle für Gleichstellung
Konto/Kontogruppe: 3010 Löhne des Verwaltungspersonals

-25'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Die geringfügige Sollstellenerhöhung um 0.25 Stellen bezieht sich nur zum Teil auf die wechselnden Massnahmen des Jahresprogramms, aber vor allem auf ständige und/oder langfristige neue Kernaufträge, die nicht abgegeben werden können. Die Stellenaufstockung ist saldoneutral, da die Kosten für externe Dienstleistungen entsprechend gekürzt werden. Deshalb bedeutet die Ablehnung der Stellenerweiterung sowohl den Verzicht auf die vom Gleichstellungsgesetz und der Verordnung zum Schutz der sexuellen Integrität beim Kanton als Arbeitgeber verlangte Prävention (SGS 108.31 § 4) als auch den Verzicht auf die Einführung eines Gleichstellungs-Controllings gemäss Regierungsprogramm [2008-2011](#) Massnahmen Nr. 2.06.01 und 2.06.02.

Antrag Nr. 2009/255/11 der CVP/EVP-Fraktion betreffend Kürzung des Kontos 302 Drucksachen, Publikationen um CHF 40'000 beim Personalamt
Direktion/Dienststelle: FKD, P2104 Personalamt
Konto/Kontogruppe: 3102 Drucksachen, Publikationen

-40'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Eine Zunahme von 7000 Fr. geht auf die Neukontierung der EDV-Kurse im Rahmen des HRM2 zurück. Die gewünschte verstärkte Professionalisierung im Personalwesen kann nur mit einer Intensivierung der Schulungen erzielt werden. Dies führt zu Mehrkosten für Informations- und Schulungsunterlagen. Desweiteren führt die gewünschte Positionierung "Kanton BL - ein attraktiver Arbeitgeber" auf dem internen und externen Arbeitsmarkt zu Mehraufwand bei den Publikationskosten.

Auf die Kürzung ist zu verzichten, da sich sonst der Kanton als Arbeitgeber nicht angemessen positionieren könnte und die Schulung reduziert werden müsste.

Antrag Nr. 2009/255/12 der SVP-Fraktion betreffend Ablehnung des Stellenausbaus; Reduktion des Personalaufwandes um mindestens 2.7 Sollstellen
Direktion/Dienststelle: FKD, P2106 Steuerverwaltung
Konto/Kontogruppe: 3010 Löhne des Verwaltungspersonals

-270'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Einleitend möchten wir darauf hinweisen, dass es sich bei der Differenz von 10.6 Stellen nicht um einen Stellenausbau handelt, sondern um die Differenz zwischen dem **Ist**-Bestand am 31.12.2008 und dem **Soll**stellenplan 2009. Am 31.12.2008 war 10.6 Stellen nicht besetzt.

Die beantragten 200 Stellenprozente im Team Adresszentrale sind vorgesehen für die Betreuung des Steuerregisters. Hauptaufgabe der Adresszentrale ist die Führung des Steuerregisters als Basis für alle weiterführenden Tätigkeiten der kantonalen Steuerverwaltung. Die Verstärkung der Adresszentrale ist notwendig, weil die Führung des Steuerregisters mit NEST anspruchsvoller geworden ist. Es müssen wesentlich mehr steuerfall- und personenbezogene Daten bewirtschaftet werden. Dies unter anderem auch wegen dem separat entschädigten Gemeindesteuerbezug. Mit einem umfassenden und vollständigen Steuerregister erhalten die Veranlagenden bessere Informationen und die informatikunterstützte Veranlagung kann wie in den letzten Jahren weiter verfeinert werden. Damit kann die

Steuerverwaltung trotz anspruchsvollen Vorgaben bei der Anzahl zu veranlagender Dossiers weiterhin eine gute Veranlagungsqualität und eine kundenorientierte Dienstleistung sicherstellen.

Die für die Registratur beantragten 70 Stellenprozente sind einerseits eine Spätfolge der Verdoppelung der Aktenbearbeitung nach der Umstellung auf die einjährige Veranlagung und andererseits bedingt durch die Zunahme der eingehenden Meldungen von anderen Amtsstellen und Steuerverwaltungen. Zudem haben die von der Steuerverwaltung zu bearbeitenden Dossiers in den letzten drei Jahren um 3'000 oder 10% zugenommen. Beim geltenden Sollstellenplan von 6.8 Stellen entsprechen 10% den beantragten 70 Stellenprozente. Die Aktenablage ist auch heute noch vorwiegend Handarbeit und deshalb von den Informatik-Investitionen der letzten Jahre nicht betroffen.

Eine Ablehnung der beantragten Verstärkung würde die Führung des Steuerregisters in der geforderten Qualität in Frage stellen. Dies könnte zu Einnahmefällen und zu schlechtem Service führen. Fehler (z.B. beim Versand) könnten zunehmen. Eine Ablehnung der beantragten Verstärkung könnte Rückstände bei der Aktenbewirtschaftung zur Folge haben. Dies führt zu Unsicherheiten, Rückfragen, Suchaktionen etc. Im Extremfall könnte es auch zu Steuerausfällen kommen, so z.B. wenn die Ablage von Meldungen über Kapitalauszahlungen nicht à jour ist.

Antrag Nr. 2009/255/13 der SVP-Fraktion betreffend Reduktion des Aufwandes um CHF 50'000

Direktion/Dienststelle: VGD, P2200 Generalsekretariat

Konto/Kontogruppe: 3111 Maschinen, Geräte, Fahrzeuge

-50'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Einerseits geht es um den Ersatz des alten Abfischgerätes, für welches keine Ersatzteile mehr erhältlich sind. Andererseits sollen Nachtzielhilfen angeschafft werden, mit denen man das Schwarzwild effizient bejagen kann. Diese Nachtzielhilfen werden es erlauben, dass der Schwarzwilddruck in Gebieten, wo hohe Wildschäden entstehen, effizienter angegangen werden kann.

Antrag Nr. 2009/255/14 der SVP-Fraktion betreffend Reduktion des Aufwandes um CHF 200'000

Direktion/Dienststelle: VGD, P2200 Generalsekretariat

Konto/Kontogruppe: 3130 Dienstleistungen Dritter

-200'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Aufgrund der restriktiven Budgetvorgaben wurden in dieser Position bereits Reduktionen (IT-Bereich, Gesundheitsförderung) vorgenommen. Die nicht beeinflussbaren Mehraufwendungen können jedoch nicht ganz kompensiert werden. Neu mussten die Aufwendungen der Ärzte im Rahmen des HPV-Impfprogrammes budgetiert werden. Da dieses Programm relativ kurzfristig zur Umsetzung gelangte, konnten die Kosten für die Impftätigkeit im Budget 2009 nicht mehr ordentlich einfließen. Diese Kosten sind jedoch, wie die Impfkosten selbst, absolut saldoneutral für den Kanton, denn die entsprechende Rückerstattung wird von der „santésuisse“ auf das Ertragskonto 4614 geleistet.

Antrag Nr. 2009/255/15 der SVP-Fraktion betreffend Reduktion des Aufwandes um CHF 200'000
Direktion/Dienststelle: VGD, P2200 Generalsekretariat
Konto/Kontogruppe: 3170 Reisekosten & Spesen

-200'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Der RRB Nr. 1528 vom 04.11.2008 wurde entsprechend den Beschlusspunkten Nr. 1. und 2. vollständig und korrekt budgetiert. Es wurde auf den Mitarbeiterbestand zum Zeitpunkt der Budgetierung abgestellt und der pro Kopfbeitrag von Franken 50 neu mit Franken 100 berechnet. Die budgetierten Kosten für die Betriebsanlässe sind in der VGD zentral für alle Dienststellen (ohne Spitalbetriebe) im Generalsekretariat eingestellt.

Antrag Nr. 2009/255/16 der SVP-Fraktion betreffend Reduktion des Aufwandes um CHF 500'000
Direktion/Dienststelle: VGD, P2200 Generalsekretariat - Abhängigkeitserkrankungen
Konto/Kontogruppe: 3636 Beiträge an private Organisationen

-500'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Die nachstehende Tabelle zeigt die durchschnittliche monatliche Anzahl von Personen in einer durch den Kanton Basel-Landschaft subsidiär finanzierten stationären Drogentherapie (Jahr 2009 Stand per Ende Oktober) sowie die Mittelwerte vom 1. Januar 2001 bis Ende Oktober 2009 auf.

2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Durchschnitt 01 – 09
30.4	26.3	31.2	27.8	25.8	26.3	20.8	29.9	30.9	27.7

Nach einer ausserordentlich geringen Anzahl an durchgeführten Therapien im 2007 zeigte sich im 2008 eine signifikante Steigerung (+44 %) sowie ein weiterer leichter Anstieg im 2009. Bei der vorliegenden Tendenz ist für das kommende Jahr nicht mit einem Rückgang an Therapien zu rechnen. Die Nachfrage liegt seit 2008 über dem Mittelwert der letzten neun Jahre. Schon das Budget 2008 wurde überschritten und eine Trendumkehr lässt sich auch aufgrund der aktuellen Belegungszahlen nicht herleiten. Ausserdem handelt es sich um Ausgaben im Bereich von gebundenen Aufgaben. Der Anspruch auf stationäre Drogentherapien ist im Gesundheitsgesetz (GesG), im Gesetz über die Sozial-, die Jugend- und die Behindertenhilfe (Sozialgesetz, SHG) und in der Verordnung über die Alkohol- und Drogentherapien (ADV) verankert. Eine echte Reduktion mit in der Folge tatsächlich tieferer Ausgaben im Jahre 2010 lässt sich in diesem Bereich aus unserer Sicht nicht erreichen.

Antrag Nr. 2009/255/17 der SVP-Fraktion betreffend Reduktion des Aufwandes um CHF 1'000'000
Direktion/Dienststelle: VGD, P2200 Generalsekretariat - Altersheime
Konto/Kontogruppe: 3660 Eigene Investitionsbeiträge

-1'000'000.-

Antrag: Annahme

Begründung:

Der Kanton hat keine Rechtsgrundlage, die es erlauben würde mit Rücksicht auf die Finanzlage eine Priorisierung oder eine Streckung von Investitionsbeiträgen vorzunehmen oder gar durchzusetzen. Der Kanton muss aufgrund der Rechtsgrundlage entsprechend den Baufortschritten die Zahlungen leisten. Würden Verpflichtungen nicht oder nicht in vollem Umfange verbucht, könnte die sog. Vollständigkeitserklärung an die Kantonale Finanzkontrolle nicht mehr in Treu und Glauben unterzeichnet und abgegeben werden. Dies würde einen schwerwiegenden Verstoß gegen die geltenden Buchführungsbestimmungen und Grundsätze darstellen (FHG § 7 Abs. 2).

Trotzdem kann die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion dem Antrag letztlich zustimmen. Wie vorstehend ausgeführt, kann diese Position zwar nicht aktiv und direkt durch die VGD oder das Generalsekretariat gesteuert oder gar direkt beeinflusst werden. Aber es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass diese Budgetposition bezüglich Beanspruchung und Höhe nicht genau abgeschätzt werden kann und auch naturgemäss grösseren Schwankungen unterliegt. Die Direktion erachtet es deshalb und unter Berücksichtigung des zu Grunde liegenden Zahlungsplanes als vertretbar die Position um 1.0 Mio. Fr. zu reduzieren.

Antrag Nr. 2009/255/18 der SVP-Fraktion betreffend Reduktion des Aufwandes um mindestens CHF 100'000

Direktion/Dienststelle: VGD, P2206 Amt für Geoinformation

Konto/Kontogruppe: 3130 Dienstleistungen Dritter

-100'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Namhafte Dienstleistungen betreffen die „Amtliche Vermessung“. Die „Amtliche Vermessung“ ist über eine 4-jährige Programmvereinbarung 2008-2011 und zugehörige jährliche Leistungsvereinbarungen mit dem Bund vereinbart und deren Umsetzung gesichert. Zur Zielerreichung des Bundes hat dies die jährlich budgetierten Ausgaben zur Folge. Die Umsetzung geschieht jährlich über die mit den Gemeinden vor Beginn abgesprochene Berücksichtigung innerhalb des Ausführungszeitraumes und führt zu unterschiedlich hohen jährlichen Kredittranchen.

Antrag Nr. 2009/255/19 der SVP-Fraktion betreffend Reduktion des Aufwands um CHF 2'500'000

Direktion/Dienststelle: VGD, P2210 - P2213 Spitäler

Konto/Kontogruppe: alle / generell

-2'500'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Die im Budgetantrag aufgeführte Begründung, dass die Spitäler des Kantons einen höheren Aufwand bei gleichzeitig sinkenden Erträgen budgetieren, können wir so nicht nachvollziehen. Die Erträge im Vergleich zum Vorjahr konnten um 4.05% gesteigert werden, während die endogenen Aufwendungen lediglich um 3.2% zugenommen haben.

Table			Korr. um exogenen Faktor 6.25 Mio. Fr. Ger. Vergl. DN II	
	Budget 2009	Budget 2010		
	CHF	CHF		
▼ Betrieblicher Aufwand	509'649'295.00	532'155'357	16'256'062	3.19% Aufwandzunahme
▼ Betrieblicher Ertrag	-354'485'994.00	-368'911'202		
▼ Ergebnis aus Finanzierung	-3'038'500.00	-3'078'580	-14'465'288	4.05% Ertragszunahme

Die Kostendeckungsgrade der Spitäler / KPD konnten in den vergangenen fünf Budgetjahren (exklusiv exogener Faktoren) kontinuierlich verbessert werden. Die Kostendeckungsgrade der vergangenen fünf Budgetjahre zeigen folgenden Verlauf.

	Budget 2006	Budget 2007	Budget 2008	Budget 2009	Budget 2010
DB (bereinigt) operatives Ergebnis um folgende ausserordentliche Sonderfaktoren	71.6%	71.8%	71.7%	72.7%	73.4%
Gebäude-Abschreib. ab Jahr 2008 / 18.25 Mio. Fr.					
Gerichtlicher Vergleich DN2 Löhne 6.25 Mio. Fr.					

Wir verweisen diesbezüglich gerne nochmals auf den Ingress der VGD zum Voranschlag 2010 (s./Seite 80) wonach auch für die gesamte Direktion betrachtet die Deckungsgrade auch im mehrjährigen Vergleich jeweils gesteigert werden konnten. Der Gesundheitssektor des Kantons hat sich im Vergleich mit den übrigen kantonalen Bereichen unterdurchschnittlich entwickelt. Ein strukturelles Ungleichgewicht ist aufgrund der stabilen Entwicklung nicht auszumachen.

Antrag Nr. 2009/255/20 der Laufentaler Landrätin und Landräte betreffend Investitionen; Zwingen, San./Umgest. Ortsdurchfahrt

Direktion/Dienststelle: BUD, P2301 Tiefbauamt / Strassen

Konto/Kontogruppe: 50 Sachanlagen

+3'000'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Der Ausbau der Ortsdurchfahrt mit der Realisation des Kreisels sowie der Neubau der Birsbrücke sind unbestritten. Die Vorarbeiten für den Wasserbau haben bereits im Herbst 2009 begonnen und werden 2010 abgeschlossen; der entsprechende Betrag ist im Budget 2010 enthalten. Aus fachlicher und wirtschaftlicher Optik ist es sinnvoll, dass die Strassenbauarbeiten inkl. neuer Birsbrücke möglichst ohne grössere Verzögerung folgen. Der Regierungsrat sieht vor, die Projektierung bis zur Baureife voranzutreiben. Bei optimalem Ablauf - auch in der Submissionsphase - wird der Baubeginn der Birsbrücke ab dem 3. Quartal 2010 vorgesehen. Die aufgeführten Arbeiten werden auf CHF 1.4 Mio budgetiert.

Im Rahmen der Kreditverschiebungen in der Investitionsrechnung werden voraussichtlich CHF 500'000 zur Verfügung gestellt, um die Projektierung sicher zu stellen und weiter mittels Budgetverschiebungen in hoher Priorität versucht, einen Baubeginn ab Mitte 2010 zu ermöglichen. Der notwendige Betrag für die Weiterführung der Realisierung im Jahr 2011 ist im Budget einzustellen.

Antrag Nr. 2009/255/21 von Urs Hess, SVP-Fraktion betreffend Aufnahme des Verpflichtungskredits Salina Raurica von Fr. 1.5 Mio

Direktion/Dienststelle: BUD, P2301 Tiefbauamt / Strassen

Konto/Kontogruppe: 50 Sachanlagen

+1'500'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Die Projektierung der Verlegung der Rheinstrasse hat eine erhebliche Dringlichkeit, um die Koordination mit der Projektierung der Verlängerung der Tramlinie Nr. 14 und der Nutzungsplanung der Gemeinden Augst und Pratteln sicher zu stellen. Andererseits fehlen kurzfristig noch wichtige Randbedingungen des Bundes bzw. des ASTRAS wie z.B. der verlangte Abstand einer neuen Kantonsstrasse entlang der Autobahn A2.

Zurzeit werden die erforderlichen Grundlagen zusammengestellt sowie die notwendigen Planungen vorangetrieben, um die Koordination mit der Projektierung Tram und den Nutzungsplanungen sicher zu stellen. Eine weitere Koordination mit diesen Projekten lässt sich mit Finanzmitteln für 2010 in Höhe von bis zu CHF 200'000 umsetzen. Zugleich soll das über das gleiche Konto abzurechnende Mobilitätsmanagement für das Gesamtprojekt Salina-Raurica fortgesetzt werden, welches wichtige Rahmenbedingungen für die verschiedenen Teilprojekte festlegt. Hierfür sind CHF 100'000 vorgesehen.

Im Rahmen der Kreditverschiebungen in der Investitionsrechnung werden aber voraussichtlich CHF 100'000 für die Projektierung und weitere 100'000 CHF für das Mobilitätsmanagement zur Verfügung gestellt, um die Koordination mit weiteren Projekten umzusetzen. Allfällig notwendige weitere Mittel sind im Rahmen von Verschiebungen innerhalb des Investitionsbudgets zu beschaffen. Die notwendigen Mittel für den Start der Vorprojekte für die Strassenverlegung sind 2011 zu budgetieren (ca. CHF 500'000).

Antrag Nr. 2009/255/22 von Marianne Hollinger, FDP-Fraktion betreffend Anschluss Pfefferring - der Restkredit Fr. 200'000 ist in das Budget 2010 aufzunehmen
Direktion/Dienststelle: BUD, P2301 Tiefbauamt / Strassen
Konto/Kontogruppe: 50 Sachanlagen

+200'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Aufgrund des Budgetbeschlusses 2010 des Regierungsrates und der Ablehnung des Quartierplans Aesch Nord wurde das Vorprojekt 'Durchstich Pfefferring' im Herbst 2009 noch nicht gestartet. Es wurden die Grundlagenenerhebung (Geologie) beauftragt und eine Vorstudie in Auftrag gegeben, die insbesondere alle verkehrlichen Grundlagen und wichtige Randbedingungen klären soll, so dass die Projektierungsarbeiten für das Vorprojekt im Jahr 2011 (sofern budgetiert) oder im Rahmen von Budgetverschiebungen bereits 2010 rasch gestartet werden kann.

Im Rahmen der Kreditverschiebungen in der Investitionsrechnung werden aber voraussichtlich CHF 15'000.- zur Verfügung gestellt, um die Grundlagenenerhebungen und die Vorstudie abschliessen zu können und die Möglichkeit zu erhalten, im Rahmen von Verschiebungen das Vorprojekt zu starten.

Antrag Nr. 2009/255/23 von Rolf Richterich, Landrat FDP betreffend Investitionen; H18, Muggenbergtunnel, Projektierung
Direktion/Dienststelle: BUD, P2301 Tiefbauamt / Strassen
Konto/Kontogruppe: 50 Sachanlagen

+200'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Der Schlussbericht "Anschlusskonzept Muggenbergtunnel" liegt im Entwurf vor; im 1. Quartal 2010 wird er definitiv vorliegen. Aufgrund der knappen Finanzen werden insbesondere noch die Grundlagen für folgendes Vorgehen ausgearbeitet: eine mittelfristige Realisierung eines Anschluss Angenstein, der kompatibel zu einem Muggenbergtunnel ist und der erst langfristig realisiert wird. Das Jahr 2010 wird nun genutzt, die notwendigen Landratsvorlagen auszuarbeiten, um die planerische Festlegung (kantonaler Richtplan) zu sichern und die Landratskredite (Planungskredite Phasen Vor- und Bauprojekt inkl. Projektauflage) zu erwirken. Das vorgesehene Budget 2010 von CHF 20'000.- genügt für dieses Vorgehen, da erst ab 2011 das Vorprojekt Anschluss Angenstein / Muggenbergtunnel gestartet wird.

Antrag Nr. 2009/255/24 von Marianne Hollinger, FDP-Fraktion betreffend Vollanschluss H18 - Restkredit Fr. 2'000'000.-- ist in das Budget 2010 aufzunehmen
Direktion/Dienststelle: BUD, P2301 Tiefbauamt / Strassen
Konto/Kontogruppe: 50 Sachanlagen

+2'000'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Die Projektierungsarbeiten für das Bauprojekt bzw. die Auflage des Vollanschluss Aesch sind im Gang (mit leichter Verzögerung gegenüber dem vorgesehenen Programm mit Stand Anfang 2009); die Projektauflage ist 2010 vorgesehen. Die Projektierungsarbeiten werden wie vorgesehen weitergeführt. Im Rahmen der Kreditverschiebungen in der Investitionsrechnung werden voraussichtlich die notwendigen Mittel (bis ca. CHF 400'000) zur Verfügung gestellt, so dass die Projektauflage wie vorgesehen erfolgen kann und keine Verzögerungen wegen Budgetkürzungen notwendig sind.

Antrag Nr. 2009/255/25 von Rolf Richterich, Landrat FDP betreffend Investitionen; H18, Tunnel Eggflue, Tunnelsicherheit
Direktion/Dienststelle: BUD, P2301 Tiefbauamt / Strassen
Konto/Kontogruppe: 50 Sachanlagen

+12'000'000.-

Antrag: Ablehnung

Gegenantrag des Regierungsrates: Erhöhung um +6'000'000.-

Begründung:

Die Notwendigkeit der Erhöhung der Tunnelsicherheit ist unbestritten. Die Vorbereitungen für den Bau respektive den Ausbau der Zentralen - als Voraussetzung für die weiteren Arbeiten - wurden bereits ausgelöst. Zusammen mit weiteren Ausbauarbeiten wie der Optimierung der Entwässerung und Vorbereitungen im Bereich der Ventilation der künftigen Fluchtwege könnte für 2010 mit einem Budgetvolumen von bis zu CHF 6 Mio gerechnet werden. Ein Budgetvolumen von CHF 12 Mio kann im Jahr 2010 nicht mehr verarbeitet werden. Das zentrale Anliegen des Postulates, die Erhöhung der Tunnelsicherheit, wird aber mittels Finanzierung durch Budgetverschiebungen soweit möglich weiter verfolgt.

Antrag Nr. 2009/255/26 von Georges Thüring, Landrat betreffend 4.02.27 Investitionen, Grellingen - Sanierung/Umgestaltung Ortsdurchfahrt, Projektierung
Direktion/Dienststelle: BUD, P2301 Tiefbauamt / Strassen
Konto/Kontogruppe: 50 Sachanlagen

25'000.-*)

Antrag: Ablehnung

*) Es wird beantragt, den ursprünglich vorgesehenen Betrag ins Budget aufzunehmen, ohne diesen zu quantifizieren. Es gibt keinen ursprünglich vorgesehenen Budgetbetrag. Deshalb wird der Restkredit des Verpflichtungskredites LRB 5647/2002 als aufzunehmender Betrag angenommen.

Begründung:

Das Vorprojekt liegt im Entwurf vor und wird im 1. Quartal 2010 in die externe Vernehmlassung an die Gemeinde gehen. Parallel wird 2010 die Landratsvorlage für den Nachfolgekredit (Bauprojekt und Realisierung) zum bestehenden Kredit (Ausarbeitung Vorprojekt) erarbeitet, so dass ab ca. 2011 das Bauprojekt gestartet werden kann. Für die Arbeiten 2010 (Abschluss Vorprojekt / Ausarbeitung Landratsvorlage) sind Mittel bis max. CHF 40'000.- notwendig. Im Rahmen der Kreditverschiebungen in der Investitionsrechnung werden aber voraussichtlich CHF 15'000.- zur Verfügung gestellt. Falls weitere Mittel erforderlich sind, werden diese mittels Verschiebungen innerhalb des Investitionsbudgets sicher gestellt.

Antrag Nr. 2009/255/27 von Marianne Hollinger, FDP betreffend Streichung a.o. Abschreibung von Fr. 21 Mio.
Direktion/Dienststelle: BUD, P2304 Hochbauamt
Konto/Kontogruppe: 3301 a.o. Abschreibungen

-21'000'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Der Landrat hat mit Vorlage [2009-081](#) der neuen Rechnungslegung gemäss HRM2 [zugestimmt](#). Die neu eingeführte Abschreibungsmethodik auf der Basis der Nutzungsdauer bedingt die Einführung einer Anlagebuchhaltung. Im Zuge der Einführung der Anlagebuchhaltung werden alle bestehenden und noch in Betrieb stehenden Anlagen unter einem Restwert von 300'000 Franken einmalig ausserordentlich auf Null abgeschrieben. Ebenso wurde mit Anlagen verfahren, welche die betriebswirtschaftliche Nutzungsdauer überschritten haben, aber noch in Betrieb sind. Dieses Vorgehen ist pragmatisch und führt zu einem optimalen Kosten-/Nutzenverhältnis bei der Führung der Anlagebuchhal-

tung. Die Einführung eines korrekten Anlagespiegels bedeutet einen Umbruch zu den alten Verfahren und ein Bereinigungsaufwand ist unabdingbar.

Der Entscheid, HRM2 mit dem Budget 2010 einzuführen, impliziert diese Praxis unabhängig von der aktuell angespannten Finanzlage. Bei der Beurteilung der Einführung der neuen Rechnungslegung muss die gesamte Auswirkung auf den Abschreibungsaufwand berücksichtigt werden. Die Abschreibung auf Basis der betriebswirtschaftlichen Nutzungsdauer führt zu einer Verminderung der planmässigen Abschreibungen von 27.3 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahresbudget. Beim Übergang fallen einmalig ausserordentliche Abschreibungen im Umfang von ca. 21.7 Mio. Franken an. Diese ausserordentlichen Abschreibungen haben den positiven Nebeneffekt, dass sie einerseits nicht liquiditätswirksam sind und andererseits die zukünftigen Budgets entlasten.

Antrag Nr. 2009/255/28 der Justiz- und Sicherheitskommission des Landrates betreffend Aufnahme der Jahrestanche für die Projektierung des SJZ Muttenz (inkl. Ausschreibung) ist auf den ursprünglichen vorgesehenen Betrag von CHF 2'200'000.-- zu erhöhen

Direktion/Dienststelle: BUD, P2304 Hochbauamt

Konto/Kontogruppe: 5040 0 000 Hochbauten

+2'000'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Nach FHG hat der RR die Möglichkeit, innerhalb des Investitionsprogramms bei den Projekten Budgetverschiebungen vorzunehmen. Es ist beabsichtigt, die Planungsarbeiten 2010 unter Berücksichtigung der erwähnten Verschiebungsmöglichkeiten weiter voranzutreiben (Vorbereitung Baubewilligungsverfahren und Ausschreibungen sowie Durchführung des ohnehin notwendigen Umzonungsverfahrens).

Antrag Nr. 2009/255/29 des Kantonsgerichts betreffend Berücksichtigung der letzten Tranche des Projektierungskredits für das Strafjustizzentrum (SJZ) Muttenz

Direktion/Dienststelle: BUD, P2304 Hochbauamt

Konto/Kontogruppe: 5040 0 000 Hochbauten

+2'000'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Nach FHG hat der RR die Möglichkeit, innerhalb des Investitionsprogramms bei den Projekten Budgetverschiebungen vorzunehmen. Es ist beabsichtigt, die Planungsarbeiten 2010 unter Berücksichtigung der erwähnten Verschiebungsmöglichkeiten weiter voranzutreiben (Vorbereitung Baubewilligungsverfahren und Ausschreibungen sowie Durchführung des ohnehin notwendigen Umzonungsverfahrens).

Antrag Nr. 2009/255/30 von Rolf Richterich, Landrat FDP und FDP-Fraktion betreffend Investitionen; Liestal, Neubau Verwaltungsgebäude; Liestal Neubau Lagergebäude; Globalkredit für Umsetzung Sofortmassnahmen Flächenmanagement

Direktion/Dienststelle: BUD, P2304 Hochbauamt

Konto/Kontogruppe: 5040 0 000 Hochbauten

Antrag 1: Liestal, Neubau Verwaltungsgebäude:

-2'800'000.-

Antrag 2: Liestal, Neubau Lagergebäude:

-3'000'000.-

Antrag 3: Globalkredit Flächenmanagement

-2'000'000.-

Antrag: Ablehnung

Gegenantrag des Regierungsrates: Kürzung um insgesamt -1'800'000.-

Begründung:

Der Regierungsrat hat mit RRB Nr. 0197 vom 3. Februar 2009 der langfristigen Immobilienstrategie Verwaltungsbauten Liestal zugestimmt und die BUD beauftragt, zur Optimierung des Verwaltungsstandortes Liestal eine Projektierungsvorlage für einen Neubau eines Verwaltungsgebäudes auszuarbeiten. Der Regierungsrat strebt an, dass mit einem neuen Verwaltungsgebäude mittel- bis langfristig massgebende Einsparungen von jährlichen Raumkosten sowie Betriebs- und Energiekosten gegenüber dem Status Quo erzielt werden. Ausserdem können mit einem neuen Verwaltungszentrum die Raumnot und das Abdecken aller neu zu erstellenden Arbeitsplätze gemäss Planungen der Direktionen (Stellenwachstum) sichergestellt werden. Soweit sich die Randbedingungen nicht verändern, wird zuerst ein Wirtschaftlichkeitsnachweis, eine Testplanung auf dem Areal Gutsmatte bis Kreuzboden erarbeitet sowie Abklärungen zu alternativen Standorten insbes. betr. Neubau Lagergebäude getroffen.

Antrag Nr. 2009/255/31 von Thomas Bühler, SP-Fraktion betreffend mehr Strom aus erneuerbaren Quellen für die Verwaltung des Kantons einkaufen

Direktion/Dienststelle: BUD, P2305 Amt für Umweltschutz und Energie

Konto/Kontogruppe: 3120 beim Hochbauamt, Tiefbauamt und Amt für industrielle Betriebe

+50'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Die beiden im Antrag erwähnten Vorstösse verlangen beide, dass der Anteil des aus erneuerbaren Quellen stammenden Stroms für die kantonale Verwaltung bis zu einem bestimmten Zeitpunkt auf 100% anzuheben sei. Das bereits [überwiesene](#) Postulat [2008-283](#) möchte die Regierung dazu verpflichten, spätestens ab 2012 50% und ab 2015 100% den Strombedarfs der kantonalen Verwaltung nachweislich aus erneuerbaren Energien zu decken. Die hängige Motion [2009-223](#) verlangt eine Anpassung des Energiegesetzes, die besagt, dass der Anteil erneuerbaren Stroms für die Bauten und Anlagen der kantonalen Verwaltung im Jahre 2011 mindestens 70% zu betragen habe und anschliessend jährlich um 5% bis ins Jahr 2018 auf 100% anzuheben sei.

Die dem Antrag 2009-255-31 zugrundeliegende Absicht zielt in die Richtung der besagten Vorstösse. Der Antrag ist daher abzulehnen. Der Regierungsrat wird mit den Energiedienstleistern unseres Kantons eine Erhöhung des erneuerbaren Stromanteils prüfen, gegebenenfalls Verhandlungen aufnehmen und darüber berichten.

Antrag Nr. 2009/255/32 der SVP-Fraktion betreffend Reduktion der Kontogruppe 3102 um CHF 230'000 (Erhöhung 209%) auf den Stand des Budgets 2009 auf den Betrag von CHF 110'000

Direktion/Dienststelle: BUD, P2307 Amt für Raumplanung

Konto/Kontogruppe: 3102 Drucksachen, Publikationen

-230'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Im Rahmen der Neukontierung sind auf dieser Position neu zusätzlich die Nachführungen der Geodaten für das ARP budgetiert.

Die Aufwendungen für Publikationen (P2307 und P2308) ergeben sich einerseits aus den generellen Aufgaben des Amtes, sind aber andererseits saisonalen Schwankungen unterworfen. Im kommenden Jahren erklären sich so verschiedene Mehraufwendungen gegenüber den Vorjahren etwa durch den Beginn der Arbeiten am Kunstdenkmälerband IV sowie verschiedenen Publikationen im Zusammenhang mit dem Kantonalen Richtplan und den Ortsplanungen.

Folgende Vorhaben sind für 2010 vorgesehen:

• Nachführung Geodaten, wird neu hier budgetiert:	CHF 125'000
• Nachführung der Geodaten Wanderwege:	CHF 21'000
• Infogrips Checkservice:	CHF 10'000
• Nachführung Daten Haltestellen und Liniennetz	CHF 10'000
• Geodaten Emissionsdatenbank, Emissionskataster Lärm:	CHF 80'000
• Lizenzierung von Geodaten:	CHF 4'000

Handarchiv kommunale Nutzungsplanung:

• Fotodokumentation, externe Plankopien und Scans:	CHF 20'000
• Sicherheitsmassnahmen Archiv (Sicherheitsverfilmung, Sicherheitsscans, Publikationen Drucksachen:	CHF 20'000
• Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit der Fachbereiche Amtsleitung, Kantonsplanung, Lärmschutz und Ortsplanung:	CHF 100'000
• Anpassungen Kantonaler Richtplan:	CHF 15'000
• IVS-Flyer, Historische Verkehrswege CH:	CHF 15'000
• Luftbild Kanton:	CHF 15'000
• Musterzonenreglement Landschaft:	CHF 15'000

Kantonale Denkmalpflege

Folgende Vorhaben sind für 2010 vorgesehen:

• Kunstdenkmälerband IV, Bezirk Waldenburg:	CHF 100'000
• Veröffentlichungen/Prospekte: Jahresheft, Tätigkeitsbericht, Wegleitung Solaranlagen, Wegleitung Dachlandschaften:	CHF 40'000

Natur und Landschaft

Die budgetierten Beträge von CHF 220'000 setzen sich wie folgt zusammen:

Begutachtungen	CHF 40'000
Amphibien-Monitoring (IANB)	CHF 20'000
Erfolgskontrolle Chilpen	CHF 25'000
Erfolgskontrolle Reinacherheide	CHF 25'000
Orchideen-Monitoring (Birsfelden, Ersatzstandort)	CHF 20'000
Monitoring Birsfelderhafen	CHF 10'000
Artenschutz Konzept und Projekte (gem. Vereinbarung mit Bund bis 2011)	CHF 80'000

Antrag Nr. 2009/255/33 der SVP-Fraktion betreffend Reduktion der Kontogruppe 3149 um CHF 40'000 (Erhöhung 47%) auf den Stand des Budgets 2009 auf den Betrag von CHF 85'000

Direktion/Dienststelle: BUD, P2307 Amt für Raumplanung

Konto/Kontogruppe: 3149 Unterhalt übrige Sachanlagen

-40'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Wanderwege beider Basel	CHF 88'000
Neue Beschriftung gemäss aktueller Signalisationsvorschriften des Bundes	CHF 37'000

**Antrag Nr. 2009/255/34 von Hannes Schweizer, SP-Fraktion betreffend Jurapark Baselland:
Finanzielle Unterstützung - 250'000 Franken
Direktion/Dienststelle: BUD, P2307 Amt für Raumplanung
Konto/Kontogruppe: 3132 Honorare ext Berater, Gutachter, Fachexp**

+250'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Für das Projekt Jurapark wurden aus finanziellen Überlegungen keine Mittel eingestellt. Für Natur- und Landschaftsschutz, Tourismusförderung sowie Wirtschaftsförderung in unserm Kanton geben Bund und Kanton im Jahr 2010 rund 11.5 Mio. Fr. aus. Aus diesen Mittel fliesst ohnehin ein erheblicher Anteil in die geplante Jura-Park-Region. Es ist derzeit ungewiss, ob die Kantonsbeiträge in den Bereichen Natur- und Landschaftsschutz, Tourismusförderung sowie Wirtschaftsförderung Aktivitäten auslösen könnten, die sich im Jura-Park gegenseitig widersprechen. Unter dem geplanten Projekt Jura-Park sollen Aufgaben von einer neuen Organisation bewältigt werden, die zum grössten Teil mit der heutigen Organisation der kantonalen Verwaltung bereits erledigt werden.

**Antrag Nr. 2009/255/35 von Pia Fankhauser Zenhäusern, SP-Fraktion betreffend Erhöhung Bauberatung "Hindernisfreies Bauen" durch Procap auf CHF 25'000 erhöhen
Direktion/Dienststelle: BUD, P2310 Bauinspektorat
Konto/Kontogruppe: 313 Dienstleistungen und Honorare**

+25'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Das Vertragsverhältnis zwischen ProCap ("Hindernisfreies Bauen") und BUD ist seit dem 01.01.09 bei P2300 GSK und nicht mehr beim BIT angesiedelt.

Neu wurde 2009 zwischen ProCap und der Bau- und Umweltschutzdirektion ein Vertrag abgeschlossen, welcher die Beratungstätigkeit und die entsprechende Entschädigung für Dienstleistungen der ProCap dienststellenübergreifend regelt. Das heisst, dass nicht nur das BIT, sondern insbesondere auch Hochbauamt und Tiefbauamt die Dienstleistungen der ProCap in Anspruch nehmen können. Vereinbart wurden eine bestimmte Grundentschädigung und zusätzliche Verrechnungsmöglichkeiten für Beratungs- und Schulungstätigkeiten auf Stundenbasis. Garantiert wird ein jährlicher Mindestbetrag, welcher vergütet wird. Das neue Vertragswerk entspricht einer leistungsgerechten Entschädigung und definiert klare Aufgabenfelder.

**Antrag Nr. 2009/255/36 der SVP-Fraktion betreffend Reduktion des Aufwandes um CHF 500'000
Direktion/Dienststelle: SID, P2400 Generalsekretariat
Konto/Kontogruppe: 3132 Honorare ext Berater, Gutachter, Fachexp**

-500'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Die Zunahme in der Kontengruppe 3132 (Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten) beträgt im Budget 2010 der SID gegenüber dem Vorjahresbudget 327'700 Franken (+31%). Insgesamt beträgt der Budgetbetrag in diesem Konto 1'380'100 Franken, wobei der Grossteil im Bereich Stab SID (Generalsekretariat) mit 744'100 Franken und in den Bereichen Sicherheit 1 (Amt für Militär und Bevölkerungsschutz) mit 215'000 Franken und Polizei Basel-Landschaft mit 116'000 Franken zu finden ist. Während bei der Polizei in diesem Betrag u.a. Kosten für Rechtsbeistände und Qualitätssysteme für die Kriminaltechnik enthalten sind, sind dies beim Amt für Militär und Bevölkerungsschutz u.a. Kosten für die Naturkatastrophenvorsorge, wie z.B. Einsatzpläne für Verkehrsachsen (Strassen und Rhein), öffentliche Gebäude und die Ölwehr. Die Streichung dieser Mittel hätte zur Folge, dass ein

Risikopotential für die öffentliche Sicherheit und den Schutz der Bevölkerung im Ereignisfall eintreten würde. Zudem bestehen seitens der Politik und der Öffentlichkeit Aufträge, wonach diese Einsatzpläne voranzutreiben bzw. zu vervollständigen sind.

Der Grossteil der Budgetposition bezieht sich auf Vorhaben innerhalb des Generalsekretariates SID. Nachfolgend wird detailliert auf diese Projekte und Vorhaben eingegangen:

Details zu Konto P2400.3132, Generalsekretariat SID, Honorare ext. Berater, Gutachter & Fachexperten:

Budget 2010 in CHF	Begründung	Auswirkungen, falls gestrichen wird:
744'100	Zunahme gegenüber Budget 2009 = 394'100 Franken (+113 %);	
davon:	Budgetiert sind für:	
65'000	Weiterentwicklung des Qualitätsmanagementsystems (TQM) nach EFQM (European Foundation for Quality Management). Die Zertifizierung der 1. Stufe nach EFQM wurde 2004 erreicht. 2010 soll die 2. Stufe "Business for Excellence" erreicht werden.	Zur Erreichung der 2. Stufe nach EFQM (Business for Excellence) sind externe Audits nötig. Ohne diese kann die Zertifizierung nicht erlangt werden.
108'000	Psych. Dienstleistungen SID im Bereich von Abklärungen, Schulungen und Beratungen im Gebiet des Schutzes der Mitarbeitenden, Regierung und Parlament im Umgang mit gefährlicher Kundenschaft.	Die tragischen Ereignisse im Parlament des Kantons Zug (Amoklauf) vor einigen Jahren oder der Amoklauf in der Verwaltung der Stadt Zürich haben in erschreckender Weise gezeigt, dass Parlament, Regierung und Mitarbeitende der öffentlichen Verwaltung geschützt werden müssen. Dazu gehört auch die mögliche Früherkennung von potentiellen Tätern und die damit zusammenhängende, psychologische Beurteilung. Die Behörden stellen seit einiger Zeit eine Zunahme der Bedrohungen fest - seien diese gegen Kantonsmitarbeitende gerichtet, seien es Drohungen gegenüber Schulen oder im Bereich häusliche Gewalt. Hier ist es die Pflicht der kantonalen Behörden, alles zum Schutze der Bevölkerung und der Mitarbeitenden vorzukehren und eventuelles Gefahrenpotential und heikle Situationen ohne Verzug abzuklären und Massnahmen einzuleiten. Es ist eine eminent schwierige Aufgabe, gefährliche Lagen und Personen einzuschätzen. Dies braucht ausgewiesene Fachleute, die über das Know how, aber auch die entsprechende Erfahrung verfügen. Seit 2004 nimmt Dr. Dieter Bongers, Diplompsychologe in Liestal, die Risikoeinschätzungen aufgrund der entsprechenden Ersuchen aus der kantonalen Verwaltung wahr. Die Risikoeinschätzungen beziehen sich auf Situationen, wo Mitarbeitende des Kantons bedroht werden. Im Jahr 2004 handelte es sich um 14 Fälle, 2008 waren es 35 bearbeitete Fälle und für das Jahr 2009 wird die Fallzahl deutlich über 40 liegen. Dr. Dieter Bongers erfüllt seine Funktion für alle Direktionen. Er nimmt die Risikobeurteilungen vor und schlägt entsprechende Massnahmen vor. Der budgetierte Betrag bezieht sich also nur zu einem kleineren Teil für Dienstleistungen zugunsten der Sicherheitsdirektion. Ohne die budgetierten Mittel könnte der Schutz und die Beratung der Mitarbeitenden in Bedrohungssituationen nicht gewährleistet werden.

Budget 2010 in CHF	Begründung	Auswirkungen, falls gestrichen wird:
3'000	Beizug externer Experten, Gutachter oder Referenten	3'000 Franken sind für Honorare bei Tagungen etc. reserviert.
140'000	Umsetzung neue Strafprozessordnung (neues Staatsanwaltschaftsmodell)	Die Umsetzung der vom Volk beschlossenen Revision der Strafprozessordnung und der damit zusammenhängenden Reorganisation der Staatsanwaltschaft bedingen den Beizug von Fachexperten. Die SID kann dabei auf die Unterstützung eines erfahrenen Beraters zurückgreifen. Ohne diese Unterstützung fehlen in der SID die Ressourcen, um die Umsetzung des vom Bund per 1.1.2011 beschlossenen Inkrafttretens der StPO zu gewährleisten.
50'000	Beratungen im Rahmen des Opferhilfegesetzes; Vorbereitung von Verfügungen von Genugtuungsentschädigungen an Opfer durch externe Fachexpertin.	Ohne den Beizug einer externen Fachexpertin für die Vorbereitung der Verfügungen müssten die Ressourcen intern aufgebaut werden. Dies wäre eine teurere Variante.
160'000	Lernprogramm häusliche Gewalt (Kosten werden anteilmässig von BL und BS zurückerstattet).	Dieser Aufwand wird zu gleichen Teilen von Baselland und Basel-Stadt getragen. Dies wird im Transferaufwand beim Konto 4631, Profitcenter 2400 mit Fr. 74'000.-- (Anteil BS) ausgewiesen. Ein gleich grosser Anteil von BL wird in der Erfolgsrechnung unter Konto 42160, ebenfalls Profitcenter 2400, ausgewiesen. Da auf diesem Konto noch andere Rückerstattungen budgetiert sind, ist (ähnlich wie bei den IT-Konto) der einzelne Budgetbetrag so nicht ersichtlich. Weitere Rückerstattungen erfolgen durch die Kursteilnehmer selbst, da diese einen Anteil am Kurs selbst bezahlen müssen.
50'000	Häusliche Gewalt; Gewaltprogramm Frauen, Weiterführung aus dem Jahr 2009.	Durchführung eines Pilotprojekts betreffend Gewaltprogramm Frauen. Dieses wird Ende 2009 ausgewertet und über die weitere Durchführung - allenfalls mit Modifikationen - entschieden. Deshalb ist der Betrag auch für 2010 vorsorglicher Weise budgetiert. Allerdings ist es durchaus möglich, dass der Betrag wegen allfälliger Anpassungen nicht ausgeschöpft werden wird.
60'000	Erstellung eines Konzepts für Neuzuzüger und Neuzuzügerinnen. Beitrag des Kantons Basel-Landschaft an den Runden Tisch Religionen (zusammen mit Basel-Stadt): Förderung des Dialogs unter den Religionsgemeinschaften in der Nordwestschweiz.	Gemäss Art. 56 Abs. 1 + 2 des Ausländergesetzes muss der Kanton Informationen über die hiesigen Einrichtungen und Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie über die Angebote zur Integrationsförderung vermitteln. Falls die budgetierten Mittel gestrichen werden, kann das Konzept nicht realisiert werden, weshalb die Teilnehmendenzahl an den Neuzuzügerveranstaltungen weiterhin relativ bescheiden bleibt. Die Durchführung des Runden Tisches "Religionen" ist bei einer Streichung der Mittel gefährdet.
8'100	Bewilligungen, Freiheitsentzug & Soziales; Amt für Bewährungshilfe; Beizug von externen Fachexperten für die Supervisionierungen der Amtsstelle.	Das schwierige Umfeld, in welchem sich die Mitarbeitenden des Amtes für Bewährungshilfe bewegen, bedingt eine regelmässige Supervisionierung. Dies auch im Hinblick auf die Risikobeurteilung von Straftätern nach der Haftentlassung.
100'000	Erstellung des Familienberichts. Dieser Bericht musste, infolge langer, krankheitsbedingter Absenz der Fachstellenleitung, ver-	Falls der Familienbericht nicht mit externer Unterstützung erstellt werden kann, müssen die entsprechenden Ressourcen intern geschaffen werden was mit erheblich höheren Kosten verbunden wäre als die vorgesehene Variante mit externer Unterstüt-

Budget 2010 in CHF	Begründung	Auswirkungen, falls gestrichen wird:
	schoben werden. Im 2010 kann er nun erstellt werden.	zung.

Antrag Nr. 2009/255/37 der CVP/EVP-Fraktion betreffend Reduktion der Kontogruppe 3102 Drucksachen, Publikationen um CHF 60'000. Der geplante Flyer ist zu verschieben.

Direktion/Dienststelle: SID, P2431 Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

Konto/Kontogruppe: 3102 Drucksachen, Publikationen

-60'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Das Amt für Militär und Bevölkerungsschutz ist sich gewohnt, bedürfnisorientiert zu budgetieren und die Gesamtvorgaben einzuhalten. Somit ergeben sich zwischen den einzelnen Konten jährlich Veränderungen. Wir halten fest, dass im Bereich Sicherheit 1 die Budgetvorgabe 2010 um CHF 165'000 unterschritten werden konnte.

Wann das nächste grosse Naturereignis unseren Kanton heimsuchen wird, kann nicht vorausgesagt werden, doch das Hochwasser vom Sommer 2007 hat gezeigt, dass die Bevölkerung ungenügend über das Verhalten bei Naturgefahren informiert ist. Es ist somit ein politischer Entscheid, wie weit die Bevölkerung über Naturgefahren unterrichtet werden soll. Auf die Budgetkürzung ist zu verzichten.

Antrag Nr. 2009/255/38 von Marianne Hollinger, FDP betreffend Reduktion der Lohnsumme um Fr. 1 Mio.

Direktion/Dienststelle: BKSD, P2503 Fachstelle für Erwachsenenbildung

Konto/Kontogruppe: 30 Personalaufwand

-1'000'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Die zusätzlichen Stellen sind für den Betrieb in den einzelnen Dienststellen notwendig. Die zusätzlichen Stellen basieren auf folgenden Grundlagen:

Für detailliertere Angaben steht die folgende Tabelle zur Verfügung.

- | | |
|---|--------------|
| • Bewilligte Landratsvorlagen | 4.27 Stellen |
| • Zu bewilligende Landratsvorlagen | 2.75 Stellen |
| • Durch den Regierungsrat bewilligte Geschäfte | 5.80 Stellen |
| • Starker Mehraufwand innerhalb des gesetzlichen Auftrags
davon sind 4.2 Stellen für 2 Jahre befristet (ERP) | 6.00 Stellen |
| • Kreditverschiebung innerhalb der Aufwandkonti | 2.9 Stellen |

	Profit Center	Thema	Beschluss	Stellen- prozente
bewilligte Landratsvorlagen	2500 Generalsekretariat	ERP Zusatzstelle	LRV 2007/302	100
	2506 Amt für Volksschulen	Berufswegbereitung Leitung	Verpflichtungskredit LRV 2008/054	20
	2511 Fachstelle Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe	Administration/Rechnungswesen	NFA bedingter Bedarf in der Administration	50
	2509 Amt für Berufsbildung und -beratung	Berufswegbereitung Coach	Verpflichtungskredit LRV 2008/054	130
	2506 Amt für Volksschulen	Timeout	Lehrpersonen Timeout gemäss LRV 2007/154 und RRB Nr. 0958 vom 19. Juni 2007	127
				427
zu bewilligende Landratsvorlagen	2503 Fachstelle Erwachsenenbildung	HARMOS/BRNWCH	gemäss LRV im Mitberichtsverfahren	50
	2503 Fachstelle Erwachsenenbildung	Weiterbildung im Quartärbereich	gemäss Konzept WB LRV in Arbeit	75
	2503 Fachstelle Erwachsenenbildung	Passepartout	gemäss LRV Nr. 2009/??	50
	2511 Fachstelle Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe	FEB familienergänzende Betreuungsmassnahmen	gemäss LRV im Mitberichtsverfahren	100
				275
durch den Regierungsrat bewilligte Geschäfte	2511 Fachstelle Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe	Behindertenhilfe Folgeprojekt NFA	mit RRB 1042 vom 30.06.2009 Erhöhung bewilligt.	50
	2511 Fachstelle Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe	Aufsichtstätigkeit	mit RRB 1042 vom 30.06.2009 Erhöhung bewilligt.	30
	2507 Sekundarschulen	Mittagstisch	gemäss Verordnung Mittagstisch (SGS 642.15)	500
				580
starker Mehraufwand innerhalb des gesetzlichen Auftrags	2500 Generalsekretariat	Mit ERP wird die Verbuchung der Rechnungen zentral vorgenommen. (Shared Service Center)	Technische Folge von SAP, um komplexeres System effektiver nutzen zu können. Auf 2 Jahre befristet. Ohne diese zusätzlichen befristeten Stellen kann die Einführung von ERP nicht erfolgen.	420
	2508 Gymnasien	Schulleitungsunterstützung Gymnasien gesamt	Leitungsaufwand ist gestiegen, welcher ohne Mittelschulamt aufgefangen werden muss.	100
	25102 Berufsfachschule Gesundheit	Schulleitungsmitglied	massive Zunahme der Schülerschaft	80
				600
Kreditverschiebung innerhalb der Aufwandkonti	25121 Hauptabteilung Archäologie und Museum	Grabungstechniker	Diese Mitarbeitenden werden heute teurer über einen Jobvermittler eingekauft. Sie sollen neu vertraglich gebunden werden, um Know How zu sichern und Kosten zu sparen.	195
	25122 Kantonsbibliothek	Support Bibliothekendienst	betriebsnotwendige Aushilfskräfte sollen in den Stellenplan aufgenommen werden	95
				290
			gesamthafte Veränderung im Stellenplan 2010	2172

Antrag Nr. 2009/255/39 der SVP-Fraktion betreffend Reduktion des Kontos 3170 um CHF 1'550 (Erhöhung 23%) auf den Stand des Budget 2009 auf den Betrag von CHF 6'750
Direktion/Dienststelle: BKSD, P2502 Projekte im Schulsektor
Konto/Kontogruppe: 3170 Reisekosten & Spesen

-1'550.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Das Budget 2010 für die Projekte im Schulsektor (P2502) ist mit 1.5 Mio. Franken genau gleich hoch wie 2009. Mit diesen Mitteln soll die Projektierung von Vorhaben im Bildungsbereich vorangetrieben werden. Zum Zeitpunkt der Budgetierung ist noch nicht genau vorhersehbar, welche Konten mit den im Jahr 2010 effektiv anfallenden Ausgaben belastet werden. Daher erfolgt die Zuteilung der Budgetwerte auf die einzelnen Konten basierend auf Schätzungen und Erfahrungswerten. Anträge, die auf einzelne Konten zielen, machen daher beim Profitcenter "Projekte im Schulsektor" wenig Sinn. Dem Projektbudget liegt eine inhaltliche Planung zugrunde. Der Kürzungsantrag fällt in Anbetracht des

gesamten Projektbudgets nicht ins Gewicht. Budgetkürzungen sollten sich auf konkrete Projekte beziehen.

Antrag Nr. 2009/255/40 der SVP-Fraktion betreffend Streichung der Kosten für das Gesamtsprachenkonzept, Budgetreduktion um mindestens Fr. 200'000

Direktion/Dienststelle: BKSD, P2503 Fachstelle für Erwachsenenbildung

Konto/Kontogruppe: 3010 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals / 3030 Temporäre Arbeitskräfte

-200'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Gemäss Regierungsratsbeschluss vom 3.11.2009 wird die Landratsvorlage zum Gesamtsprachenkonzept an den Landrat überwiesen. Die für die Projektierung und die Weiterbildung vorgesehenen Mittel sollten daher nicht aus dem Budget 2010 gestrichen werden. Die im Budget 2010 enthaltenen Mittel sind vorgesehen, die im bisherigen Rahmen des fünfkantonalen Projektes „Passepartout“ laufenden Arbeiten fortzuführen. Ebenso sollte mit den initialisierten Weiterbildungen im Bereich Fremdsprachenkompetenz unbedingt weiter gefahren werden. Gemäss § 57 Absatz 1 Buchstabe d. des Bildungsgesetzes stellt die Fortbildung, Beratung und Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer der öffentlichen Schulen des Kantons und der Gemeinden eine dauerhafte gesetzliche Aufgabe dar.

Antrag Nr. 2009/255/41 der SVP-Fraktion betreffend Reduktion des Kontos 3170 um CHF 10'000 (Erhöhung 125%) auf den Stand des Budget 2009 auf den Betrag von CHF 8'000

Direktion/Dienststelle: BKSD, P2503 Fachstelle für Erwachsenenbildung

Konto/Kontogruppe: 3170 Reisekosten & Spesen

-10'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Die Fachstelle Erwachsenenbildung ist neben der laufenden Weiterentwicklung ihres Kernbereichs (Weiterbildung Lehrpersonen und Erwachsenenbildung) auch intensiv in Grossprojekten (HarmoS und Gesamtsprachenkonzept) involviert. Die interkantonalen Projekte haben anzahlmässig stark zugenommen. Damit ist eine intensivere Reisetätigkeit verbunden. Die Rechnung 2008 hat gezeigt, dass der entsprechende Budgetkredit nicht ausreichte, so dass im Budget 2010 eine entsprechende Korrektur vorgenommen wird.

Antrag Nr. 2009/255/42 von Regula Meschberger, SP-Fraktion betreffend Entrichtung eines Beitrages von Fr. 100'000 an die Musikalische Talentförderung

Direktion/Dienststelle: BKSD, P2507 Sek. I inkl. Werkjahr

Konto/Kontogruppe: 3612 Entschädigungen an Gde/Gde-Zweckverbände

+100'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Dieser Budgetantrag steht in Zusammenhang mit der Motion [2009/109](#) von Regula Meschberger, SP-Fraktion, vom 23. April 2009 betreffend Musikalische Talentförderung. Die Motion wurde entgegengenommen aber gleichzeitig als teilweise erfüllt zur Abschreibung beantragt (Behandlung im Landrat am 12.11.09).

Gestützt auf die geltende Zuständigkeitsregelung für die Musikschulen lehnt der Regierungsrat die Schaffung von gesetzlichen Grundlagen und die Übernahme der Verantwortung für die Talentförderung durch den Kanton über die heutigen Impulse (Impulsprogramm / Konzertpodium) und Leistungen hinaus ab.

Antrag Nr. 2009/255/43 der SVP-Fraktion betreffend Reduktion des Kontos 3170 um CHF 41'000 (Erhöhung 23%) auf den Stand des Budget 2009 auf den Betrag von CHF 174'600
Direktion/Dienststelle: BKSD, P2508 Gymnasien
Konto/Kontogruppe: 3170 Reisekosten & Spesen

-41'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

In den letzten Jahren verzeichneten die Gymnasien einen markanten Zuwachs an Lernenden und Klassen. Dadurch ist die Zahl der Lehrpersonen an allen Gymnasien kontinuierlich gestiegen. Dieses Wachstum bedingt mehr Ausgaben im Zusammenhang mit Klassenfahrten und insbesondere auch bei Anlässen für die obligatorische Weiterbildung. In den Wachstumsjahren wurde das Budget für Reisekosten und Spesen praktisch nicht angehoben, so dass es nun in der Konsequenz zu einem sprunghaften Anstieg kommt.

Antrag Nr. 2009/255/44 der SVP-Fraktion betreffend Reduktion des Kontos 3170 um CHF 50'250 (Erhöhung 42%) auf den Stand des Budget 2009 auf den Betrag von CHF 120'850
Direktion/Dienststelle: BKSD, P2510 Berufsfachschulen
Konto/Kontogruppe: 3170 Reisekosten & Spesen

-50'250.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Die Erhöhung des Beitrages an Mitarbeiteranlässe gemäss RRB 1528 ist zentral im Budget des Generalsekretariates (P2500) eingestellt. Im Budget der Berufsfachschulen (P2510) sind keine Mittel für Anlässe im Sinne des oben genannten RRB enthalten. Die Erhöhung des Kontos Reisekosten und Spesen im Budget der Berufsfachschulen resultiert, wie bereits in den Kommentaren zum Budget 2010 ausgeführt, aus einer Umkontierung im Rahmen der Umstellung auf HRM2. Im Budget 2010 der Berufsfachschulen liegt nur eine moderate Erhöhung vor, die sich durch die gestiegene Klassenzahl der Berufsfachschule Gesundheit begründen lässt:

	B 2009	B 2010	Abw.
3170 Reisekosten & Spesen	120'850	171'100	50'250
3171 Exkursionen, Schulreisen und Lager	60'250	20'000	-40'250
	181'100	191'100	10'000

Antrag Nr. 2009/255/45 der SVP-Fraktion betreffend Streichung der 2,9 neuen Stellen, d.h., Reduktion des Budgets um mind. CHF 300'000
Direktion/Dienststelle: BKSD, P2512 Amt für Kultur
Konto/Kontogruppe: 3010 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals / 3030 Temporäre Arbeitskräfte

-300'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

In der Hauptabteilung Museum und Archäologie werden bestehende Mitarbeitende heute teurer über einen Jobvermittler eingekauft. Sie sollen neu vertraglich gebunden werden, um Know How zu sichern und Kosten zu sparen.

In der Kantonsbibliothek wurde der zunehmende Aufwand mit den gestiegenen Ausleihen durch befristete Anstellungen überbrückt. Da diese Aushilfskräfte mittlerweile betriebsnotwendige Mitarbeitende sind, sollen diese in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis aufgenommen werden.

Antrag Nr. 2009/255/46 der SVP-Fraktion betreffend Reduktion des Kontos 3170 um CHF 101'000 (Erhöhung 62%) auf den Stand des Budget 2009 auf den Betrag von CHF 164'000

Direktion/Dienststelle: BKSD, P2513 Sportamt

Konto/Kontogruppe: 3170 Reisekosten & Spesen

-101'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Die Erhöhung des Beitrages an Mitarbeiteranlässe gemäss RRB 1528 vom 4.11.2008 ist zentral im Budget des Generalsekretariates (P2500) eingestellt. Im Budget des Sportamtes (P2513) sind keine Mittel für Anlässe im Sinne des oben genannten RRB enthalten. Die Erhöhung des Kontos Reisekosten und Spesen im Budget des Sportamtes resultiert, wie bereits in den Kommentaren zum Budget 2010 ausgeführt, aus einer Umkontierung im Rahmen der Umstellung auf HRM2. Im Budget 2010 des Sportamtes liegt somit keine Erhöhung vor:

	B 2009	B 2010	Abw.
3138 Kurse, Prüfungen und Beratungen	795'000	742'000	-53'000
3170 Reisekosten & Spesen	164'000	265'000	101'000
3171 Exkursionen, Schulreisen und Lager	80'000	18'000	-62'000
	<u>1'039'000</u>	<u>1'025'000</u>	<u>-14'000</u>

Antrag Nr. 2009/255/47 von Eva Chappuis, SP-Fraktion betreffend Umsetzung des Sprachkonzepts den Differenzbetrag von CHF 857'000 im Budget aufzunehmen

Direktion/Dienststelle: BKSD, P2502 Projekte im Schulsektor / P2503 Fachstelle für Erwachsenenbildung

Konto/Kontogruppe: 3090 Aus- und Weiterbildung des Personals

3020 Löhne der Lehrkräfte 3130 Dienstleistungen Dritter

3636 Beiträge an private Organisationen o. Erw.-Zw.

+857'000.-

Antrag: Ablehnung

Begründung:

Gemäss Regierungsratsbeschluss vom 3.11.2009 wird die [Landratsvorlage](#) zum Gesamtsprachkonzept an den Landrat überwiesen.

3. Anträge des Regierungsrats zum Budget 2010

Ressourcenausgleich 2010

Erhöhung Konto 3621 Ressourcenausgleich an andere Kantone,
Profitcenter P2102 Finanzverwaltung

+767'000.-

Im Budget ist der provisorische Betrag, welcher vom Bund im Juni 2009 publiziert wurde, eingestellt. Aufgrund der Anhörung der Kantone wurden im September 2009 der definitive Ressourcenausgleich festgesetzt. Der definitive Betrag für den Ressourcenausgleich 2010 liegt für den Kanton Basel-Landschaft um CHF 767'000 höher als budgetiert.

4. Finanzielle Konsequenzen

Bei Entscheidung der Budgetanträge gemäss den Anträgen des Regierungsrates sowie des oben erwähnten Antrags des Regierungsrates ergeben sich

ein Minderaufwand von CHF 233'000 in der Erfolgsrechnung und
Mehrausgaben von CHF 4'200'000 in der Investitionsrechnung.

Die relevanten Kennzahlen des Voranschlags verändern sich wie folgt:

in Mio. CHF	B 2010 alt gemäss LRV 2009/255 vom 8.9.2009	B 2010 neu gemäss Anträgen des RR
Betrieblicher Aufwand	2686.8	2686.6
Betrieblicher Ertrag	2504.9	2504.9
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-181.9	-181.6
34 Finanzaufwand	26.6	26.6
44 Finanzertrag	90.3	90.3
Ergebnis aus Finanzierung	63.7	63.7
Operatives Ergebnis	-118.2	-117.9
38 Ausserordentlicher Aufwand	0.0	0.0
48 Ausserordentlicher Ertrag	95.0	95.0
Ausserordentliches Ergebnis	95.0	95.0
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	-23.2	-22.9

in Mio. CHF	B 2010 alt gemäss LRV 2009/255 vom 8.9.2009	B 2010 neu gemäss Anträgen des RR
Aufwand	2713.4	2713.2
Ertrag	2690.3	2690.3
Saldo Erfolgsrechnung	-23.2	-22.9
Selbstfinanzierung	-5.7	-5.5
Investitionsausgaben	425.4	429.6
Investitionseinnahmen	197.8	197.8
Saldo Investitionsrechnung	-227.7	-231.9
+ Selbstfinanzierung	-5.7	-5.5
Finanzierungssaldo	-233.4	-237.3
Selbstfinanzierung	-5.7	-5.5
Saldo Investitionsrechnung	-227.7	-231.9
Selbstfinanzierungsgrad in %	-2.5%	-2.4%

ANTRAG

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat

1. Die Budgetanträge

- 255/06 Überprüfung Saldo Kontengruppe 317 (keine finanziellen Auswirkungen)
- 255/17 Reduktion APH-Beiträge um CHF 1 Mio.
- 255/25 Aufnahme Tunnelsicherheit Eggflueh, den Gegenantrag des Regierungsrates (CHF - 6.0 Mio.)
- 255/30 Streichung Neubau Verwaltungsgebäude, Lagergebäude und Globalkredit Flächenmanagement, den Gegenantrag des Regierungsrates (CHF -1.8 Mio. Franken) anzunehmen.

2. Den Antrag des Regierungsrates betreffend Ressourcenausgleich zu beschliessen.

3. Alle übrigen Budgetanträge abzulehnen.

Liestal, den 10. November 2009

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Wüthrich

Der Landschreiber:

Mundschin